

Jugend. Macht. Demokratie. - Aktueller Stand

Mit dem Ziel, die geplante Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre in einen generellen Prozess der stärkeren politischen Beteiligung der jungen Generation in Berlin einzubetten, wurde im letzten Jahr die Initiative „Jugend. Macht. Demokratie.“ gegründet. Mitwirkende des Gremiums sind unter anderem der Landesjugendring, der Landesjugendhilfeausschuss und die Landeszentrale für politische Bildung. Aber auch und insbesondere junge Menschen selbst bilden ein Drittel des Gremiums.

Das seit Juni 2022 tagende Gremium hat vorhandene Ideen diskutiert und neue Vorschläge erarbeitet. Die Mitglieder der Initiative „Jugend. Macht. Demokratie.“ haben sich auf folgende Vision geeinigt:

„Alle jungen Berliner*innen entscheiden und gestalten das gesellschaftliche sowie politische Geschehen der Stadt gleichberechtigt mit.“

Ausgehend von dieser Vision wurden folgende Handlungsfelder (und für sie entsprechende Ziele) identifiziert, die auf dem Weg zur Erfüllung der Vision notwendig sind und in allen Lebensbereichen junger Menschen verankert sein sollen:

1. Stärkung politischer Bildung
2. Bessere Berücksichtigung der Interessen junger Menschen
3. Politische Partizipation von jungen Menschen stärken

Schulen spielen im Leben junger Menschen und in unserer Demokratie eine zentrale Rolle. Sie setzen einen Bildungsauftrag um, vermitteln demokratische Grundwerte und unterstützen die Entwicklung junger Menschen in der Demokratie. In diesem Sinne bedingen sich die drei Handlungsfelder und das Handlungsfeld Schule gegenseitig und stehen in einem engen und durch Wechselwirkungen geprägten Verhältnis.

Über die nächsten Schritte besteht im Gremium Konsens: der eingeschlagene Weg der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie einen Jugendcheck zu etablieren, muss konsequent vollzogen werden. Essentiell ist aber, auch um die bisherige Arbeit in der Initiative weiterzuführen, der Startschuss für die Entwicklung einer Jugendstrategie unter der Beteiligung aller Ressorts. Hierbei müssen die vielen guten Ideen aufgenommen und in jedem Ressort durchdekliniert werden. Ein Gremium, wie beispielsweise diese Initiative, muss als Begleitgremium die Arbeit einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe flankieren.

Folgende Ziele wurden zu den Handlungsfeldern besprochen:

1. Stärkung politischer Bildung im außerschulischen Bereich

Ziel für dieses Handlungsfeld ist es, Instrumente und Rahmenbedingungen zu entwickeln und zu gestalten, die ermöglichen, dass alle jungen Menschen von den Angeboten politischer Bildung erreicht werden. Politische Bildung ist geprägt durch Ambiguitätstoleranz, Konfliktorientierung und die politische Perspektive auf unterschiedliche Themen und Aspekte.

Diskutierte Instrumente waren dabei u.a.:

- Breite und regelhafte Verankerung außerschulischer politischer Jugendbildung (institutionell, rechtlich, finanziell, gesellschaftlich)
- Ausbau langfristiger Regelförderung
- Stärkere Nutzung digitaler Ansätze und deren Möglichkeiten
- Stärkung von Aus- und Fortbildungsangeboten für Fachkräfte sowie für Ehrenamtliche
- Politischer Bildungsurlaub für Schüler*innen
- Stellenaufwuchs in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit Zuständigkeit für politische Bildung
- Stärkung und Weiterentwicklung des Zusammenspiels von Beteiligung und politischer Bildung
- Bildung von Netzwerken

2. Bessere Berücksichtigung der Interessen junger Menschen

Ziel ist, dass Verwaltung und politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse stets unter frühzeitiger Berücksichtigung der Interessen junger Menschen weiterentwickelt werden.

Diskutierte Instrumente waren dabei u.a.:

- Entwicklung einer ressortübergreifenden Jugendstrategie für Berlin
- Einführung eines Jugendchecks unter Beteiligung junger Menschen
- Sensibilisierung und Weiterbildung in der Verwaltung
- Verfestigung vermittelnder Strukturen zwischen jungen Menschen und Politik/Verwaltung; ggf. Unterstützung durch Jugendverbände, Organisationen und Fachkräfte
- Erarbeitung eines Kinder- und Jugendberichtes zur Lebenssituation junger Menschen

3. Politische Partizipation junger Menschen stärken

Ziel ist, dass junge Menschen an Prozessen politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung altersgerecht, nachhaltig und umfassend beteiligt werden.

Diskutierte Instrumente waren dabei u.a.:

- Verankerung von Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche in der Landesverfassung und im Bezirksverwaltungsgesetz
- Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
- Stärkere Nutzung des Potentials von Jugendeinrichtungen und Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte für Beteiligung
- Ausbau und Prüfung der Beteiligungsangebote auf bezirklicher Ebene, z.B.: Öffnung der Einwohnerfragestunde der BVV für junge Menschen
- Stärkung der bestehenden Strukturen zur Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung/politischer Bildung auf Landesebene (z.B. Jugendverbände, Jugendbildungsstätten, Jugend-Demokratiefonds)
- Erhalt und Ausbau der vielfältigen und vielschichtigen Strukturen, Formate, Methoden und Projekte für Beteiligung, um möglichst alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen

- Erhöhung von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit bei der Mitbestimmung junger Menschen
- Vielschichtiger Macht-Check für Beteiligung
- Einbeziehung der Kinder- und Jugendparlamente in alle politischen Fragestellungen auf Bezirksebene, bspw. als beratende Stimme für die BVVen
- Verbandsklagerecht zur Durchsetzung des Beteiligungsanspruchs

Demokratiebildung in der Schule

Schule leistet innerhalb unserer Demokratie einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung essentieller Werte unserer Gesellschaft. Ziel des Handlungsfelds ist also, dass die Schulen in die Pflicht genommen werden, Demokratie erlebbar zu machen. Dies umfasst ein Umdenken, einen Kulturwandel und eine immerwährende Überprüfung grundlegender Strukturen.

Diskutierte Instrumente waren dabei u.a.:

- Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Schüler*innen
- Ausbau professioneller Weiter- und Fortbildung von Pädagog*innen im Bereich demokratischer Bildung
- Förderung einer demokratischen Unterrichtskultur, Initiativen zur Schaffung eines Kulturwandels innerhalb der Schule (z. B. durch Öffnung der Schule in den Sozialraum)
- Beteiligung außerschulischer Akteur*innen zur Stärkung der Rolle der Schule innerhalb der Demokratie
- Sicherung verbindlicher und ernsthafter Interessenvertretung, Vermeidung vorgetäuschter Beteiligung
- Vollständige Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten der Demokratiebildung (z.B. Budget Politische Bildung, Schüler*innenhaushalte, Klassenrat, Klimaverträge)
- Prüfung der bestehenden Strukturen in der Bildungsverwaltung

Um die Vision *„Alle jungen Berliner*innen entscheiden und gestalten das gesellschaftliche sowie politische Geschehen der Stadt gleichberechtigt mit“* zu erreichen, müssen diese und andere Instrumente noch breiter diskutiert und umgesetzt werden.